

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Übernahme von Textauszügen nur mit folgender Quellenangabe:

Rahmung Interview Nr. 53 für die Studien „Langzeitarbeitslose Nichtwähler“.
© 2019 by Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH, Stuttgart

Soziologische Rahmung des Interviews mit Herrn S. (Interview Nr. 53)

Chafa Bouslimani / Jan Velimsky

„[...] die Politik müsste wieder für die Wähler da sein und nicht für Konzerne.“

Herr S. fühlt sich von der Politik vernachlässigt. Enttäuscht stellt er fest, dass die Wirtschaft die Politik maßgeblich beeinflusst. Das ist für Herrn S. problematisch, da so die Erwartungen und Interessen der Bürger übergangen werden. Enge Verbindungen, wie beispielsweise die zwischen dem früheren VW-Manager Peter Hartz und dem ehemaligen Kanzler Gerhard Schröder, ärgern ihn sehr. Die daraus resultierenden Hartz-IV-Arbeitsmarktreformen sind für ihn ein Beispiel dafür, wie Wirtschaftsbesitzer Gesetze bestimmen oder zu Ungunsten der Bürger beeinflussen.

Herr S. ist ledig, wohnt in einer süddeutschen Großstadt und ist zum Zeitpunkt des Interviews 52 Jahre alt. Aufgewachsen ist er in einer fünfköpfigen Familie. Sein Vater hat Kesselschmied gelernt, die Mutter war Stenokontoristin. Herr S. besucht zunächst die Hauptschule und dann später die Sonderschule, die er mit 15 Jahren abschließt. Im Anschluss daran absolviert er ein Berufsfindungsjahr und erlernt den Beruf des Handelsfachpackers. Dadurch ist es ihm möglich einige Jahre zuerst bei der Kaufhof AG und später bei der Porsche AG zu arbeiten und damit eine Zeit lang eine gewisse berufliche Stabilität zu erlangen. Während seiner Zeit bei der Porsche AG nutzt er die Gelegenheit einen Betriebssanitäter-Lehrgang und ein Moderatoren-Training zu absolvieren.

Prekarität durch atypische Beschäftigungsformen

Seit 2009 ist Herr S. ohne Arbeit. Er bezeichnet sich selbst aber als „arbeitssuchend“. Diese Bezeichnung ist weniger abwertend als „arbeitslos“. Zuvor hat er zwei Jahre als Kurierfahrer gearbeitet, wo er nur einen Zeitvertrag besaß. Folglich wurde er „nach dem zweiten Jahr ausgesondert“ da ihn sein „Chef sonst hätte komplett übernehmen müssen.“ Denn dieser habe der Logik des Marktes folgend versucht „die Preise [...] so gut wie möglich zu drücken [...]“. Und das ging dann nur, wenn man sie zu einem günstigen Betrag als Anfänger eingestellt hat und dann nach zwei Jahren, wie gesagt in Anführungsstrichen, ausmusterte.“

Im Dezember 2010 war Herr S. noch „kurzfristig bei einer Zeitarbeitsfirma beschäftigt“. Der Job war aber „nur zur Überbrückung der Weihnachtszeit“ und endete danach.

Zeitarbeit, befristete Arbeitsverträge, Mini- und Teilzeitjobs sind Arbeitsverhältnisse die als prekär gelten, da sie unsicher sind. Trotz einer Erwerbstätigkeit kann man in solchen Fällen deshalb auch von einer Prekarisierung von Lebensverhältnissen sprechen. Auch bei Herrn S. ist diese diskontinuierliche Form der Beschäftigung keine Basis für einen gelingenden und planbaren Zukunftsentwurf.

Herr S. steht dabei nicht allein da. Viele andere teilen sein Schicksal und befinden sich in einer sozialen Lage, die von der Unsicherheit geprägt ist, jederzeit den Arbeitsplatz verlieren zu können. Eine Lage, in der ein Aufstieg auf der Karriereleiter kaum möglich und schon die Rückkehr in ein festes Arbeitsverhältnis nicht garantiert ist. Diese Prekarität beschreibt Pierre Bourdieu als „Teil einer neuen Herrschaftsform, die auf der Einrichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen.“¹

Herr S., der sich über einen längeren Zeitraum in einem unsicheren Niedriglohnverhältnis befindet, rutscht 2009 in die Langzeitarbeitslosigkeit und ist seitdem mit erheblichen finanziellen Einschränkungen konfrontiert. Er stellt fest: „Hartz IV ist eigentlich zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.“

Die Entscheidungsträger sind realitätsfern

Ferner verdeutlicht er, wie realitätsfern mancher Entscheidungsträger sein kann. Das gezahlte Geld würde wahrscheinlich gerade einmal „die Kosten für eine Krawatte“ von Peter Hartz, der das Gesetz mitentwickelt hat, decken, mehr nicht.

Die Geldknappheit schränkt Herrn S. sehr in seiner Mobilität ein. Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln seien „unerschwinglich und nicht mehr tragbar“. Dies hat Konsequenzen sowohl auf sein soziales als auch berufliches Leben. Nicht nur der Besuch von Freunden wird schwierig, auch ferner gelegene Arbeitsgelegenheiten kann er aufgrund der für ihn hohen Fahrtkosten nicht annehmen.

Die finanziellen Engpässe haben für Herrn S. auch gesundheitliche Folgen. Er leidet an Gicht. Diese Krankheit erfordert eine besonders gesunde Ernährung. Doch dafür „fehlt einfach das Geld“. Glücklicherweise bekommt er ein wenig Unterstützung von seinen verrenteten Eltern. Ohne diese Unterstützung wäre seine Situation noch schwieriger, als sie ohnehin schon ist.

Herr S. ist bewusst, dass er zu einer Altersgruppe gehört, in der ein Quer- oder Wiedereinstieg in dem Arbeitsmarkt nicht leicht ist, denn „mit 52 oder bereits schon ab Mitte vierzig ist es sehr schwer einen Arbeitsplatz zu bekommen.“

Seine eingeschränkte Mobilität infolge des Führerscheinentzugs wegen zu vieler Punkte und die Gichterkrankung haben ihre Auswirkungen auf die berufliche Leistungsfähigkeit. Die Arbeitssuche empfindet Herr S. als so „problematisch“, dass er rückblickend seine fünfjährige ehrenamtliche Tätigkeit bei einem Sozialunternehmen in seinem Wohnort als „Glück“ bezeichnet.

Herr S. ist ein sehr hilfsbereiter Mensch, der besonders die Nähe zu seinen Neffen und Nichten genießt. Weltoffen und voller Engagement scheut er sich nicht, persönliche Risiken einzugehen und weltweit in Krisen- und Katastrophenregionen unterwegs zu sein. Manche Einsätze und Erfahrungen haben Spuren hinterlassen. So hat ihn zum Beispiel sein DRK-Einsatz im türkisch-irakischen Grenzgebiet kurz nach dem ersten Golfkrieg „extrem geprägt“. Auch seinen Sanitätsdienst übte Herr S. sehr gerne aus und bezeichnet den Einsatz als sein „ehrenamtliches Hobby“. Durch die Arbeitslosigkeit konnte er diese Tätigkeit „leider nicht mehr [...] ausüben [...]. Dieses Hobby fehlt ihm nun sehr.“

¹ Bourdieu, Pierre 1998: Prekarität ist überall. In: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK, S. 96-102

Konsequenzen einer neuen Sozialpolitik

Während des Interviews äußert sich Herr S. zu komplexen Zusammenhängen zwischen Politik und sozialer Lage und zeigt sich dabei gut informiert. Seine letzte Teilnahme an Wahlen „war vor circa acht, neun Jahren“, als Kanzler Schröder im Jahr 2005 die Vertrauensfrage im Bundestag stellte und die anschließende Wahl verlor.

An einer Wahlteilnahme bei der Bundestagswahl im Jahr 2009 ist sich Herr S. nicht sicher. Danach hat er aus Frustration mit der Politik die Partizipation bei Wahlen verweigert. An der Bundestagswahl 2017 möchte er aber wieder teilnehmen. Er hat für sich erkannt, dass bei Wahlen die Stimmen der Nichtwähler „automatisch“ der „stimmenstärksten Partei [...] geschenkt“ werden, die er aber nicht unterstützen möchte. „Denn die großen Parteien, ob sie rot, gelb, grün oder schwarz sind, die denken nur noch an ihre eigene Tasche. Und da wird man, wie man im bürgerlichen Sprachgebrauch [sagt], sowieso nur verraten, verarscht und verkauft“. Seine Motivation „auf jeden Fall wählen zu gehen“ ist somit eine Trotzreaktion auf das fehlende Vertrauen in die etablierten Parteien. Die Politiker „überzeugen [ihn] gar nicht“ weshalb sie „weg und abgewählt“ gehören.

Die immer wieder gebrochenen Wahlversprechen der Politiker machen die Wähler misstrauisch und skeptisch. „Was die momentan versprechen gilt genau bis zu dem Moment, wo sie wissen, dass sie gewählt sind, und dann heißt es, was interessiert mich der Quatsch, den ich letzte Woche verzapft habe“. Infolge dieser Praktiken vermisst Herr S.

Rechtschaffenheit, Anständigkeit und Aufrichtigkeit bei den Politikern. Er sieht eher eine auf Wirtschaftsinteressen basierte Politik und fordert grundlegende Veränderungen: „die Politik müsste wieder für die Wähler da sein und nicht für Konzerne. (...) Weil momentan, die Klein-Leute, die werden ausgesaugt bis zum geht nicht mehr, die werden ausgepresst“. Auf der anderen Seite gibt es „[...] die Großköpfigen, [...] die zum Teil Millionengehälter einschieben [...] [und] tausende von Menschen entlassen [...] auf Kosten der Kleinbürger“. Herr S. empfindet dies „als höchst asozial und das wird von den Parteien [...] geduldet und sogar unterstützt“. Gleichzeitig wächst die soziale Ungleichheit rasant. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich jedes Jahr weiter und hat jetzt ein neues Extrem erreicht: „Während unsere sogenannten Volksvertreter jährlich den Inflationsausgleich automatisch überwiesen bekommen und bei mittlerweile 16.000 Euro [sind], was manche mit Vergütungen und so kassieren. Drei Prozent, das würde sich mancher Hartz IV-ler dann auch wünschen, aber da wird ja bekanntlich geknausert.“

Über die Bevorzugung von Beamten ist Herr S. konsterniert. Für ihn ist es ungerecht, dass diese nicht in die „Arbeitslosenversicherungen oder beziehungsweise Pensionskassen einzahlen“ und gleichzeitig nach dem aktiven Dienst eine „riesen Abfindung erhalten“. Würden jene in die Staatskassen einzahlen, dann wären diese nicht leer. Dagegen gibt es viele, die einige Jahre länger arbeiten und als Beamte weniger Rente bekommen. Schlussendlich „[...] ist es ein Skandal, wie hier mit mehrerlei Maß gemessen wird.“

Urheber für diese ungerechte Situation sind die etablierten Parteien, die nach Herrn S. eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben haben, in der die Interessen der „Lobbyverbände“ der „Industriebetriebe“, etwa aus der Chemie-, Rüstungs-, oder Automobilbranche, im Vordergrund stehen.

Er ist deswegen vom jetzigen Politikapparat desillusioniert. Politiker, die wie Helmut Kohl damals „über 40 Aufsichtsratsposten“ inne haben, werden „garantiert nichts durchsetzen“, was gegen „die Interessen“ der eigenen Verbände ist. Kohl sei dabei „nicht der Einzige. Da gibt es Dutzende, wenn nicht Hunderte davon.“

Herr S. möchte ein solches Verhalten von Staatsmännern nicht legitimieren und verwehrt deshalb den etablierten Parteien seine Stimme. Am „ehesten wählen“ würde er „eine kleine Partei, wo man weiß, sie kommt nicht zu hoch“. Welche Partei das sein könnte, dazu macht er keine Angaben.

Hohes Ausmaß an Politikverdrossenheit

Insgesamt beobachtet Herr S. eine Frustration bei vielen Bürgern, die durch unzumutbare Entscheidungen und Maßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik immer weiter ansteigt. „Ich denke, dass die Politikverdrossenheit immer mehr zunimmt, weil immer weniger Leute bereit sind, die Entscheidungen, die unsere Herren und Damen Politiker machen, mitzutragen.“ Immer mehr Anfeindungen gegenüber Politikern und die wachsende Kritik am Establishment sind Symptome für eine Krise des politischen Systems.

Der Politik fehlt Transparenz ebenso wie die Nähe zu den Bürgern. „Die Politik muss öffentlich sein“, sonst droht eine Kluft zwischen Regierenden und den sozial Abgehängten, die eskalieren kann. Die Parteien müssen mit dem Bürger in Dialog treten und dessen Interessen ernst nehmen. „Der Bürger muss endlich mal sehen, dass für ihn was getan wird“. So gehört etwa „der kleine Bürger [...] steuerlich weniger belastet“. Erst solche Aktivitäten schaffen die Voraussetzung für mehr gesellschaftliche Akzeptanz von politischen Entscheidungen.

Politische Teilhabe und Demokratie

Eine Möglichkeit, die Bürger besser in den politischen Entscheidungsfindungsprozess zu integrieren, ist der vermehrte Einsatz von direktdemokratischen Verfahren. Herr S. fordert diese explizit ein: „Und was uns fehlen tut, sind Bürgerbefragungen beziehungsweise Volksabstimmungen [...] das fehlt einfach in Deutschland [...].“

Die Volksabstimmung in Baden-Württemberg über Stuttgart 21 allerdings bezeichnet Herr S. als „Pseudoversuch“, als eine Volksabstimmung unter falschen Voraussetzungen. In Dänemark und in der Schweiz verfügen Bürgerinnen und Bürger über direktdemokratische Instrumente und Verfahren: „Die sind cleverer [als] der dumme Deutsche, was das betrifft. Die lassen ihrem Parlament da nicht so viel freie Hand“. Folglich ist er der Meinung „wir sollten wirklich so abstimmen wie in der Schweiz oder in Dänemark“. Viele Politiker stilisieren sich zu Fürsprechern des Bürgers und präsentieren dennoch Lösungen, die ihn oft nur zur Armut oder sozialer Marginalisierung führen. Volksinitiativen wären da die adäquate Gegenmacht.

Herr S. wünscht sich Politiker mit Integrität und Ehrlichkeit, mehr Bürgernähe und ernsthafte Debatten mit den Bürgern. Weiterhin ist er für mehr Steuergerechtigkeit, eine sichere Rente, eine gerechte Pensionierung und weniger Einfluss der Wirtschaftslobby auf politische Entscheidungen. Eine stärkere Einbindung der Bürger, etwa durch Volksabstimmungen bei bedeutenden politischen Entscheidungen, ist nach Herrn S. notwendig. In der aktuellen politischen Repräsentationskrise besteht offenkundig Handlungszwang. Hier ist die Politik gefordert.